

DER PROZESS



Illustration: Oliver Schopf. Fotos: APA (3), Cora

Einer der größten Kriminalfälle der Zweiten Republik soll ab Dienstag gerichtlich aufgearbeitet werden. Im Prozess geht es um die Privatisierung der Buwog und die Rolle Karl-Heinz Grassers. Nicht auf der Anklagebank und trotzdem dabei: Schwarz-Blau I.

ANALYSE: Renate Graber, Andreas Schnauder; ILLUSTRATION: Oliver Schopf; MITARBEIT: Nora Laufer

Ob Viagra oder Teflon, Penicillin, Tesa oder viele andere Entdeckungen. Dass es sie gibt, hat einen Grund: den Zufall. Das Potenzmittel etwa entstand, weil Forscher ein Mittel gegen Bluthochdruck suchten. Penicillin, weil Alexander Fleming auf eine Bakterienkultur vergessen hatte, der in seiner Abwesenheit Pilzsporen den Garaus machten. Und ganz zufällig wird auch einer der größten Kriminalfälle in der österreichischen Nachkriegsgeschichte an die Oberfläche gespült.

Es ist Februar 2009, als die Ermittler den Ursachen des Absturzes der Constantia-Privatbank nachgehen, des ersten österreichischen Opfers der Finanzkrise. Bei der Erforschung diverser Geldflüsse stoßen sie auf interessante Überweisungen nach Zypern. 9,6 Millionen Euro sind bei einer Gesellschaft des Lobbyisten Peter Hochegger gelandet. Nachfragen beim heute angeklagten Bankvorstand ergeben: Es handelt sich um Provisionen rund um die Privatisierung der Buwog.

Die Buwog, das sind rund 62.000 bundeseigene Wohnungen, deren Veräußerung die schwarz-blaue Regierung Anfang der 2000er-Jahre beschließt. Der Zuschlag geht um 961 Millionen Euro an das sogenannte Österreich-Konsortium, dem Immofinanz, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich und Wiener Städtische angehören. Die Immofinanz wiederum zählt zur Constantia-Gruppe. Die zufällige Entdeckung der Hochegger-Provision lässt die Ermittler tiefer und tiefer graben. Die Spuren führen rasch zu Konten in Liechtenstein, die in Verbindung mit dem Werber Walter Meischberger und dem Im-

mobilienmakler Ernst Plech gebracht werden. Beide haben einen gemeinsamen Freund: Karl-Heinz Grasser. Der ist als Finanzminister für den Verkauf der Buwog verantwortlich.

Kaum werden diese Eckpunkte 2009 öffentlich bekannt, rollt eine mediale Lawine los, mit einer einzigen Frage: Hat sich eine Freundesgruppe mit dem einstigen politischen Shootingstar KHG im Zentrum per Buwog-Privatisierung bereichert? Acht Jahre, rund 700 Einvernahmen und 660 Hausdurchsuchungen, Sicherstellungen, Telefonüberwachungen und Kontoöffnungen sowie einen Korruptionsuntersuchungsausschuss später müssen sich 15 Angeklagte vor dem Richter verantworten. Der Riesenprozess mit 166 Zeugen soll am kommenden Dienstag starten, wenn nicht noch tags zuvor die Richterinnen wegen Unzuständigkeit aberufen wird.

Tatplan und Seilschaft

Der Vorwurf der 825 Seiten langen Anklage im Kern: Eine Seilschaft rund um Grasser soll sich generalstabsmäßig die Taschen auf Kosten der Steuerzahler gefüllt haben. Staatsanwalt Gerald Denk bemüht in seinem Schriftsatz große Worte: Einen „Tatplan für parteiliche Entscheidungen“ bei anstehenden Privatisierungen habe das Netzwerk entworfen.

Das System: Vermögen der Republik ist nur gegen Bestechungsgeld zu haben. Die Methode: Grassers Trauzeugen Meischberger, Verbindungsglied Hochegger und Immobilienprofi Plech stellen Kontakte zu zahlungswilligen Interessenten“ her, geben Informationen weiter und kümmern sich um die „Abwicklung der Geldflüs-

se“. Der Finanzminister hebt oder senkt den Daumen. So zumindest sieht es der Staatsanwalt, der sich dabei nicht zuletzt auf zwei Zeugen beruft, die Grasser schon früh belasten. Ein früherer Kabinettschef im blau-geführten Verkehrsministerium schildert den Ermittlern die Inhalte eines „Kamingesprächs“ im Wiener Hotel Bristol. Da habe Lobbyist Hochegger erklärt, wie freiheitliche Politiker bei anstehenden Transaktionen abhaken wollen. Der Zeuge wird von den Angeklagten als Wichtigtuer abgetan, doch die Staatsanwaltschaft baut ihre Theorie des Tatplans auf seinen Aussagen auf. Dazu trägt ein Wegbegleiter Grassers bei, der die Buwog-Privatisierung in einem *Profil*-Interview als „abgekartetes Spiel“ titulierte.

Ein gefundenes Fressen für Staatsanwalt Denk, der übrigens auch zufällig zum Zug kommt. Sein Vorgänger gibt nach kurzer Zeit auf und den Akt ab. Die von Denk angeführte Ermittlertruppe soll in den kommenden Monaten und Jahren ebenso bemerkenswerte wie belastende Konstellationen, Destinationen und Transaktionen aufspüren.

Alles purer Zufall – sagen die Betroffenen, die kein gutes Haar an den Ermittlungsergebnissen und deren Bewertung lassen. Einer, der in der Causa Buwog seit der größten Geschütze gegen die Justiz auffährt, ist Manfred Ainedter.

Der Grasser-Verteidiger sitzt in seiner frisch umgebauten Kanzlei, in der es neben neuem Interieur auch eine gerade installierte Versuchungsanlage gegen Abhörversuche gibt. Auch im Gespräch mit dem STANDARD nimmt sich Ainedter kein Blatt vor den Mund.



Manfred Ainedter verteidigt Grasser.

STANDARD: Wie verteidigen Sie Grasser gegen den Tatplanvorwurf?

Ainedter: Es gab nie und nimmer einen Tatplan. Außer dem Zeugen Willi B., dem damaligen Kabinettschef des Verkehrsministers, behauptet das auch niemand. Neun Jahre hat B. geschwiegen, erst 2009 ist ihm das eingefallen. Hochegger sagt, diese Behauptung sei eine Frechheit. In der Anklage werden Ermittlungsergebnisse völlig einseitig und Aussagen aktenwidrig wiedergegeben.

STANDARD: Was tun Sie dagegen? Ainedter: Wir werden die Mutmaßungen, Unterstellungen, Fantasiegebilde aus der Anklage widerlegen. Auch mithilfe einiger Zeugen; ich verstehe ja zum Beispiel nicht, warum die Staatsanwaltschaft etwa Wolfgang Brandstetter nicht als Zeugen beantragt hat. Er war ja bei den Besprechungen dabei, nachdem die Provisionen bekanntgeworden waren.

Wolfgang Brandstetter, der Justizminister und Vizekanzler. Dass er in der Geschichte eine Doppelrolle spielt, ist schon wie-

der ein Zufall. Der gefragte Strafverteidiger vertritt vorübergehend Karl Petrikovics anwaltlich. Der Immofinanz-Chef steht – neben dem Grasser-Freundeskreis – im Zentrum der Buwog-Affäre und sorgt dafür, dass Hochegger nach dem Zuschlag bei der Privatisierung zu Geld kommt.

Ratgeber und Minister

Doch nicht nur der in der ursprünglichen Causa Constantia-Privatbank rechtskräftig zu sechs Jahren Haft verurteilte Petrikovics sucht Rat bei Brandstetter. Seine Expertise wird auch in Anspruch genommen, als die Bombe 2009 platzt. Er nimmt laut Akt an jener geheimnissumwitterten Sitzung teil, in der die aufgeschreckte Freundesrunde des Karl-Heinz Grasser heruntüftelt, wie man die Vorfälle „anders darstellen beziehungsweise gar rechtfertigen könnte“. Brandstetter wird nie verdächtigt und muss auch nicht auf der Zeugenbank Platz nehmen. In Befragungen durch den Staatsanwalt schweigt er. Sein „berufsspezifisches Entschlagsrecht“ lässt die Einvernahme am 24. September 2010 nach fünf Minuten auch schon wieder zu Ende gehen.

„Anders darstellen“ wollen die Akteure insbesondere die Umstände des hauchdünnen Sieges des Österreich-Konsortiums bei der Buwog-Privatisierung. Auf ein reguläres Verfahren samt Vergabekommission verzichtet der Finanzminister beim Verkauf der Bundeswohnungen nicht. Allerdings kommt es dabei zu einigen Ungereimtheiten – oder eben Zufällen. In der ersten Runde sieht es noch ziemlich düster für Immofinanz, Raiffeisen OÖ und Wiener

Städtische aus, weil die CA Immo mehr bietet.

Doch siehe da: Grasser läutet unerwartet eine zweite Runde ein. Bei den neuerlichen Geboten liegt, Überraschung, das Österreich-Konsortium über dem neuen Offert des Kontrahenten. Mit 961 Millionen Euro bieten die Partner um ein ganzes Promille mehr als die CA Immo. Die These des Staatsanwalts: Grasser steckt den Preis des Kontrahenten Meischberger, der gibt die Information an Hochegger weiter, über den sie beim Österreich-Konsortium landet. Gegenwert des Tipps: die eingangs erwähnte Provision von 9,6 Millionen.

Bier und Bakschisch

Doch diese Version wird nicht nur von den Angeklagten bestritten, sondern auch von mehreren Zeugen. So meint etwa Eduard Zehetner, Petrikovics-Nachfolger als Immofinanz-Chef, das maximale Gebot der CA Immo sei „allgemein bekannt gewesen“.

Einer, der rund um die Privatisierung für Schlagzeilen sorgt, ist der Beamte Heinrich Traumüller, der auch in der Buwog-Vergabekommission sitzt. Im Korruptionsuntersuchungsausschuss im Parlament lässt er 2012 mit der Aussage aufhorchen, dass Grasser deutlich mehr Insiderwissen habe, als er zugibt. Am gleichen Abend wird Traumüller als abgängig gemeldet, später von der Polizei in verwirrem Zustand gefunden. Heute spielt Traumüller, der auch als Zeuge geladen ist, die Sache herunter.

STANDARD: Sehen Sie sich als Be- oder Entlastungszeuge?

Traumüller: Ich sehe mich als neutralen Zeugen. Ich berichte über Fakten und über sonst gar nichts. Die verstaatlichte Industrie war krank, der Patient bekam eine bittere Pille, und daraus, dass man unter dem Druck der Straße bei den Privatisierungen nicht eingeknickt ist, wurde die Sternstunde der Politik, der österreichischen Wirtschaft und der Demokratie.

STANDARD: Und etliche Protagonisten sitzen nun vor dem Richter.

Traumüller: Auch im Fall Buwog stellte sich die Frage, ob der Staat 60 Jahre nach dem Krieg noch Eigentümer von 60.000 Wohnungen sein muss – und das muss er nicht. Die Entscheidung, die Buwog zu privatisieren, war richtig. Dabei stand die Buwog zunächst gar nicht auf dem Programm, diese Idee entstand dann erst im Kabinett, als man sah, dass die Privatisierungen gut laufen.



Zeuge H. Traumüller: „Sternstunde der Politik“.

Anders als Traumüller sehen Kritiker im Buwog-Verkauf ein schlechtes Geschäft für die Republik und einen goldenen Schnitt für die Käufer. Letzteres bestätigt auch Immofinanz-Chef Petrikovics in einem *Profil*-Interview Ende 2011: „Wir reden von einem Vermögensseffekt für die Immofinanz von 1,25 Milliarden Euro.“

Plech, Meischberger, Grasser und Hochegger haben ihr eigenes Erklärungsmuster für die geringe Preisdifferenz von einer Million Euro im Bieterverfahren: Da habe sich wohl irgendein Mitarbeiter „beim Bier verredet“, zitiert die Anklage aus der in der Unterredung ausgetüftelten Darstellung. Mit von der Partie bei der mut-

maßlichen Erfindung dieser Version ist der Anwalt Gerald Toifl, der von Meischberger nach Aufwiegen der Affäre Hals über Kopf angeheuert wird. Hier wird einmal nichts dem Zufall überlassen: Der an der Universität Salzburg lehrende Jurist Toifl wird nur in-formation an Hochegger weiter, über den sie beim Österreich-Konsortium landet. Gegenwert des Tipps: die eingangs erwähnte Provision von 9,6 Millionen.

Toifl erkennt Meischberger und verfasst in weiterer Folge für seinen neuen Mandanten eine Selbstanzeige bei der Finanz. Dieser Vorgang hängt mit der Buwog-Provision zusammen. Die kassiert zwar ursprünglich Hochegger über seinen zypriotischen Briefkasten Astropolis, doch wandern drei Viertel des Geldes weiter: an Meischberger, der diese Einnahmen ebenso wenig versteuert wie Hochegger.

Geldflüsse und Inseln

Womit die Causa Buwog möglicherweise in eine entscheidende Phase tritt. Hat die Privatisierung der Bundeswohnungen wegen des knappen Ausganges und der persönlichen Verflechtungen rund um alte Freunde noch einen schalen Beigeschmack, so beginnt es bei den Geldflüssen richtig übel zu riechen.

Grasser, seine Freunde und zusehends Familienmitglieder geraten immer tiefer in den Buwog-Strudel. Größte Sogkraft entfaltet dabei die Art, wie und wo Meischberger seinen Anteil an den Provisionen in Höhe von 7,7 Millionen bunkert. Sie wandern von Zypern über das US-Steuerparadies Delaware nach Liechtenstein auf drei Konten. Die haben längst Berühmtheit erlangt: „Natalie“, „Karin“ und „400.815“.

Zufall oder nicht? Der Name von Meischbergers Lebensgefährtin ist Natalie; jener von Plechs Frau Karina. Weshalb sich für die Justiz bald der Verdacht erhärtet,

dass sich der Immobilienmakler hinter dem entsprechenden Konto verbirgt. Und wer steckt hinter der Zahl 400.815? Die Anklage sagt: Grasser.

Hier beginnt eine ebenso lange wie vielsagende Indizienkette, die wohl die schwerste Belastungsprobe für die Angeklagten darstellt. Hier beginnt auch jene Geschichte, die viel über Status, Selbstverständnis und Lebensstil der mutmaßlichen Profiteure aussagt. Sie handelt von jeder Menge Barabhebungen und Koffertransporten, vom Erwerb von Yachten, Häusern, Ferienwohnungen.

Werttransport und Abnahme

Das rege Aus- und Einzahlen hoher Summen lässt Grasser immer verdächtiger erscheinen. Denn die Justiz kann in jahrelanger Kleinarbeit nachweisen, dass Barabhebungen vom Liechtensteiner Konto in zeitlicher und betragslicher Nähe zu Einzahlungen auf privaten Konten des immer noch amtierenden Finanzministers in Wien stehen. Und wie transferiert man zigtausende Euro von Vaduz in die österreichische Hauptstadt? Dazu sagen die Lobbyisten Meischberger und Hochegger aus: Ein Bankmitarbeiter übergibt das Geld im Fürstentum an einen Werttransport und macht sich umgehend selbst auf die Reise nach Wien. Dort nimmt er das Bare wieder entgegen und händigt es im Hotel am Stephansplatz Meischberger aus, der es laut Anklage Grasser überbringt.

Von der Sonderkommission dazu befragt, verfährt sich KHG in Widersprüchen und gibt letztlich an, dass die Bareinzahlungen auf seine österreichischen Konten „von seinen Eltern oder seiner Ehegattin kommen könnten“. Die Staatsanwaltschaft glaubt ihm nicht und hält fest, dass Grasser der wirtschaftlich Berechtigte des Kontos „400.815“ sei. Von den drei Meischberger-Konten wäre

somit nur eines dem Lobbyisten zuzuordnen („Natalie“), während „Karin“ Plechs und „400.815“ eben Grassers „Erfolgsbeteiligung“ sei.

Die Liechtenstein-Verwicklung des Finanzministers beschäftigt die Medien und erregt die Republik. Doch noch mehr Aufmerksamkeit erhält Grasser mit Geldtransporten, die nicht einmal in den Augen der Ermittler direkt mit der Buwog zu tun haben. Es geht dabei um das berühmte-berüchtigte Schwiegermuttergeld. 500.000 Euro drückt ihm Marina Giori-Lhota – so die Darstellung Grassers – in die Hand, um sein „Veranlagungsgeschick“ auf die Probe zu stellen. Diese Probe gelingt: Aus 500.000 Euro werden in kurzer Zeit 784.000 Euro, die der amtierende Finanzminister 2006 ausgerechnet im Rahmen eines Investments in die später umfallende Hypo Alpe Adria verdient. Transportiert wird die Schwiegermutterkohl in den Koffer von der Schweiz in die Meinel-Bank nach Wien. Der Ressortchef als Geldbote in eigener Sache, sozusagen.

Flugfahrten und Spuren

Der Haken an der Geschichte: Die Staatsanwaltschaft glaubt sie nicht. Die Ermittler verfolgen nicht nur die Spur des Geldes, sondern heften sich auch an die Fersen des Ministers. Sie erstellen anhand von Flugdaten und Kreditkartenzahlungen ein Bewegungsprofil, das die Aufenthaltsorte Grassers dokumentieren soll. Das Ergebnis: Grasser befindet sich zum Zeitpunkt der Geldübergaben durch die Schwiegermutter nicht – wie von ihm ausgesagt – im Kanton Zug.

Das lukrative Hypo-Investment landet auf einem Konto des im sonnigen Belize ansässigen Vehikels Mandarin Group. Und genau dieser mittelamerikanische Briefkasten wird auch mit Geld aus dem inkriminierten Konto „400.815“ gespeist. Wenn Grasser sein Vermögen über Mandarin

Käufer für 62.000 Bundeswohnungen gesucht

JULI 2000: Der FPÖ-nahe Immobilienmakler Ernst Karl Plech wird Aufsichtsratspräsident der Buwog. Auch Michael Ramprecht zieht in den Aufsichtsrat ein.

SEPTEMBER 2000: Das Finanzministerium legt Pläne zum Abbau der Finanzschuld vor. Darin ist der Verkauf der Bundeswohnungen vorgesehen, der Erlöse zwischen 25 und 30 Mrd. Schilling (rund 2,18 Mrd. Euro) einbringen soll.

JULI 2001: Die Republik bietet den Mietern 39.000 der rund 62.000 Bundeswohnungen zum Kauf an, nur 500 finden Abnehmer. Karl-Heinz Grasser lässt die Privatisierung international aus-schreiben.

SEPTEMBER 2002: Die US-Investmentbank Lehman Brothers erhält den Privatisierungsauftrag und bekommt dafür 10,6 Mio. Euro.

APRIL 2003: SPÖ-Rechnungshof-

sprecher Günther Kräuter will die Beraterausgaben in der Höhe von 10,9 Mio. Euro in einem kleinen U-Ausschuss im Parlament prüfen.

JULI 2003: Der Nationalrat genehmigt den Wohnungssverkauf.

SEPTEMBER 2003: Der Rechnungshof beanstandet die Vorbereitungen zum Buwog-Verkauf.

OKTOBER 2003: Das Finanzmini-

sterium bestätigt rund 30 Interes-senten für die Bundeswohnungen.

DEZEMBER 2003: Das Verkäuferfeld reduziert sich auf drei Interes-senten (Austro-Konsortium, CA Immo, Blackstone/Conwert).

7. JUNI 2004: Grasser, der dama-lige Finanzstaatssekretär Alfred

Finz und Mitarbeiter von Lehman tauschen sich im „Gelben Salon“ über die erste Bieterunde aus. Dabei soll das Finanzlimit der CA Immo zur Sprache gekommen sein.

11. JUNI 2004: Die Anbotsfrist für das „last and final offer“ endet.

15. JUNI 2004: Die Bundeswohnbaugesellschaften werden um 961 Mio. Euro an das „Austro-Kon-sortium“ verkauft. Die CA Immo bot mit 960 Mio. Euro knapp weni-

ger. SPÖ und Grüne fordern eine Rechnungshofsprüfung.

MÄRZ 2007: Der Rechnungshof kritisiert den Verkauf der fünf Bundeswohngesellschaften.

DEZEMBER 2007: Die Immofinanz spricht von „fairen und angemessenen“ Wohnungspreisen. Der Rechnungshof wirft der Regierung vor, Millionen weniger Erlöst zu haben als möglich gewesen wäre. (Dazu wird noch ermittelt.)

NOVEMBER 2008: Bei der Immofinanzgruppe der Constantia-Privatbank finden wegen Ver-dachts auf Untreue und Betrug Hausdurchsuchungen statt.

MÄRZ 2009: Die Immofinanz verkauft die Buwog an ihre Ost-tochter Immoeast.

ANFANG 2009: Der frühere Immoeast-Finanzchef Christian Thornthorn berichtet bei einer Ein-vernahme durch die Staatsanwalt-

schaft, er habe im Auftrag von Karl Petrikovics 9,6 Mio. Euro an eine Firma von Peter Hochegger auf Zypern gezahlt. Es sei ein Erfolgshonorar für Hocheggerts Tätigkeit im Rahmen der Buwog-Privatisierung gewesen, dafür seien fiktive Rechnungen und Honorarnoten erstellt worden. Im Herbst erstat-ten Hochegger und Walter Meisch-berger Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung. Sie hatten

die 9,6-Millionen-Euro-Provision der Immofinanz nicht versteuert.

OKTOBER 2009: Die Grünen-Abgeordnete Gabriela Moser übernimmt der Staatsanwaltschaft eine Sachverhaltsdarstellung mit Vorwürfen gegen Grasser in der Causa Buwog-Privatisierung. Ram-

precht sagt gegen Grasser aus, die-ser klagt ihn wegen übler Nachrede – und gewinnt die Klage 2010 in zweiter Instanz.

6. OKTOBER 2009: Bei Meisch-berger, Hochegger sowie bei der PR-Firma der beiden finden Haus-durchsuchungen statt.

19. OKTOBER 2009: Grasser, Meischberger und Plech treffen einander, um die weitere Vor-gangsweise zu besprechen.

NOVEMBER 2009: Grasser beklagt, dass er noch nicht ein-vernommen worden ist: „Keiner will was von mir wissen.“

JÄNNER 2010: Die Ermittlungen werden auf den Immobilienmakler Plech ausgedehnt.

26. + 28. JÄNNER 2010: In Öster-reich und Liechtenstein finden 15 Durchsuchungen statt, darunter auch bei Plech, Porr und UBM.

Grasser wird nicht aufgesucht.

FEBRUAR 2010: Auf Antrag der Staatsanwaltschaft werden die Tele-fone von Meischberger und Plech abgehört.

APRIL 2010: Neue Berichte über Zahlungen von Telekom und Post an Hochegger und Meischberger tauchen auf. Letzterer soll Grasser und seiner damaligen Freundin einen Seychellen-Urlaub bezahlt haben.

SEPTEMBER 2010: Der Rechnungshofspräsident Franz Fiedler fordert einen U-Aus-schuss zur Buwog-Affäre.

MAI 2010: Grasser legt bei einer Pressekonferenz ein geheimes Protokoll des parlamentarischen